

16. Wir bekennen uns zu Dialog und Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsam getragener Verantwortung und eines wachsenden Konsenses über fundamentale politische und wirtschaftliche Prinzipien. Globale Herausforderungen wie Bevölkerungswachstum und Umweltschutz können nur durch die Zusammenarbeit aller Länder bewältigt werden. Die Reform des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen wird ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein.
17. Wir begrüßen die wachsende Anerkennung der Grundsätze verantwortungsbewußten staatlichen Handelns. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt kann nur gesichert werden, wenn die Staaten ihre eigenen Kräfte mobilisieren, alle Schichten der Bevölkerung einbeziehen und die Menschenrechte achten. Regionale Zusammenarbeit unter Entwicklungsländern fördert ihre Entwicklung und kann zu Stabilität, friedlichen Beziehungen und geringeren Rüstungsausgaben beitragen.
18. Die Industriestaaten tragen besondere Verantwortung für eine gesunde Weltwirtschaft. Wir werden die Auswirkungen unserer Politik auf die Entwicklungsländer beachten. Wir werden uns weiterhin nach besten Kräften bemühen, die Quantität und Qualität der staatlichen Entwicklungshilfe in Übereinstimmung mit den von uns übernommenen Verpflichtungen zu erhöhen. Wir werden sie verstärkt den ärmsten Ländern zukommen lassen. Armut, Bevölkerungspolitik, Bildung, Gesundheit, die Rolle der Frau und das Wohl der Kinder verdienen besondere Aufmerksamkeit. Wir werden insbesondere diejenigen Länder unterstützen, die glaubwürdige Anstrengungen zur Selbsthilfe unternehmen. Die wohlhabenderen Entwicklungsländer sind aufgerufen, zur internationalen Hilfe beizutragen.
19. Wir betonen, wie wichtig der Handel, ausländische Direktinvestitionen und ein aktiver Privatsektor für Entwicklungsländer sind. Armen Entwicklungsländern sollte technische Hilfe angeboten werden, damit sie eine stärker diversifizierte Exportstruktur schaffen können, insbesondere bei Industrieerzeugnissen.
20. Verhandlungen über eine substantielle Wiederauffüllung der IDA-Mittel sollten noch vor Ende 1992 abgeschlossen werden. Der IWF sollte auch weiterhin Finanzmittel zu Vorzugsbedingungen zur Unterstützung der Reformprogramme für die ärmsten Länder zur Verfügung stellen. Wir rufen zu einer baldigen Entscheidung des IWF über die Fortführung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität um ein Jahr und zur umfassenden Prüfung von Optionen einschließlich einer Erneuerung der Fazilität für die Folgezeit auf.

21. Wir sind tief besorgt über das beispiellose Ausmaß der Dürre im südlichen Afrika. Die Zielvorgabe der Dürrehilfe ist zu zwei Dritteln erfüllt. Es bleibt jedoch noch viel zu tun. Wir rufen alle Staaten zur Hilfe auf.
22. Wir begrüßen die Fortschritte, die viele Entwicklungsländer bei der Überwindung der Schuldenprobleme und bei der Wiedergewinnung ihrer Kreditwürdigkeit erzielt haben. Initiativen früherer Gipfeltreffen haben hierzu beigetragen. Dennoch befinden sich viele Entwicklungsländer weiterhin in einer schwierigen Lage.
23. Wir bekräftigen, daß die internationale Schuldenstrategie nach wie vor gültig ist. Wir begrüßen, daß der Pariser Club den ärmsten Ländern erweiterte Schuldenerleichterungen gewährt hat. Wir nehmen zur Kenntnis, daß sich der Pariser Club bereit erklärt hat, unter bestimmten Umständen nach drei oder vier Jahren eine Umschuldung des Schuldenbestands derjenigen ärmsten Länder in Erwägung zu ziehen, die bereit sind, Anpassungsmaßnahmen durchzuführen, und wir ermutigen ihn, einzelfallbezogen die besondere Lage einiger hochverschuldeter ärmerer Länder mittleren Einkommens zu berücksichtigen. Wir messen der verstärkten Nutzung des Instruments freiwilliger Schuldenumwandlungen, unter anderem für den Umweltschutz, große Bedeutung bei.

Mittel- und Osteuropa

24. Wir begrüßen die Fortschritte der Demokratien in Mittel- und Osteuropa einschließlich der baltischen Staaten in Richtung auf politische und wirtschaftliche Reformen und ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft. Diese Reformen müssen energisch fortgesetzt werden. Den Bürgern dieser Staaten werden weiterhin große Anstrengungen und sogar Opfer abverlangt. Wir werden sie auch in Zukunft unterstützen.
25. Wir begrüßen die umfangreiche multilaterale und bilaterale Hilfe zur Stützung der Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung leistet hierzu mit ihren Finanzmitteln einen nützlichen Beitrag. Die seit 1989 von der Gruppe der 24 und den internationalen Finanzorganisationen in Form von Zuschüssen, Darlehen und Kreditgarantien insgesamt gewährten Hilfen und Zusagen betragen 52 Mrd. Dollar. Wir rufen die Gruppe der 24 auf, ihre Koordinierungstätigkeit fortzusetzen und sie den Erfordernissen jedes der Reformstaaten anzupassen. Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, faire Beiträge zu leisten.
26. Wir unterstützen den Gedanken, mit Polen zusammenzuarbeiten, um nach einer Einigung auf ein IWF-Programm Mittel aus

dem Währungsstabilisierungsfonds auf der Grundlage bestehender Vereinbarungen neuen Zwecken zuzuführen, damit Polens marktwirtschaftliche Reformanstrengungen unterstützt werden, insbesondere durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaftsunternehmen.

27.

Die Industriestaaten haben den Ländern Mittel- und Osteuropas bedeutende Konzessionen auf dem Gebiet des Handels gemacht, um sicherzustellen, daß ihre Reformanstrengungen Erfolg haben werden. Alle Staaten sollten jedoch ihre Märkte noch weiter öffnen. Die Übereinkünfte der EG- und der EFTA-Staaten, die auf die Schaffung von Freihandelszonen mit diesen Ländern abzielen, sind ein wesentlicher Beitrag hierzu. Wir werden den Ländern Mittel- und Osteuropas auch weiterhin technische Hilfe zur Steigerung ihrer Exportkapazität anbieten.

28.

Wir fordern alle Länder Mittel- und Osteuropas auf, ihre Wirtschaftsbeziehungen untereinander und zu den neuen unabhängigen Staaten der früheren Sowjetunion auszubauen und sie generell auf marktwirtschaftlicher Grundlage und im Einklang mit GATT-Prinzipien zu entwickeln. Wir begrüßen die besondere Zusammenarbeit zwischen der CSFR, Polen und Ungarn als einen Schritt in diese Richtung und hoffen, daß ein freier Handel zwischen diesen Staaten bald möglich sein wird.

29.

Investitionen aus dem Ausland sollten positiv aufgenommen werden. Sie sind für die volle Entfaltung des wirtschaftlichen Potentials der Länder Mittel- und Osteuropas wichtig. Wir fordern diese Staaten auf, ihre Politik auf die Schaffung attraktiver und verlässlicher Investitionsbedingungen für privates Kapital zu konzentrieren. Wir stellen unsere bilateralen Kreditversicherungs- und Garantieinstrumente zur Verfügung, um Auslandsinvestitionen zu fördern, wo diese Voraussetzungen einschließlich der Bedienung der Schulden erfüllt sind. Wir rufen Unternehmen in den Industriestaaten auf, von den Investitionsmöglichkeiten in den Ländern Mittel- und Osteuropas Gebrauch zu machen.

Neue unabhängige Staaten der früheren Sowjetunion

30.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der früheren Sowjetunion bieten die historische Chance, eine bessere Welt zu schaffen: sicherer, demokratischer und wohlhabender. Unter der Führung Präsident Jelzins hat die russische Regierung einen schwierigen Reformprozeß eingeleitet. Wir sehen unserem Treffen mit ihm, bei dem wir unsere Zusammenarbeit zur Unterstützung dieser Reformen erörtern wollen, erwartungsvoll entgegen. Wir sind bereit, mit den politisch Verantwortlichen aller neuen Staaten zusammenzuarbeiten, die eine Reformpolitik betreiben. Der Erfolg liegt im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft.

31.

Wir sind uns bewußt: Der Übergang ist mit schmerzlichen Anpassungen verbunden. Wir bieten den neuen Staaten unsere Hilfe zur Selbsthilfe an. Unsere Zusammenarbeit wird umfassend sein und sich nach den Fortschritten ihrer Reformen sowie danach richten, ob sie sich auf internationaler Ebene verantwortungsbewußt verhalten, wozu auch weitere Senkungen der Militärausgaben und die Erfüllung bereits eingegangener Verpflichtungen gehören.

32.

Wir ermutigen die neuen Staaten, eine solide Wirtschaftspolitik zu verfolgen, indem sie vor allem die Haushaltsdefizite und die Inflation senken. Durch die Zusammenarbeit mit dem IWF kann dessen Erfahrung in die Bewältigung dieser Aufgabe eingebracht werden, und die unternommenen Anstrengungen gewinnen so an Glaubwürdigkeit. Die makroökonomische Stabilisierung sollte nicht verzögert werden; sie wird jedoch nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig auch die Grundelemente einer Marktwirtschaft durch Privatisierung, Landreform, investitions- und wettbewerbsfördernde Maßnahmen sowie durch eine angemessene soziale Absicherung der Bevölkerung geschaffen werden.

33.

Kreditwürdigkeit und die Schaffung verlässlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen sind unerlässlich, wenn das Interesse privater Investoren geweckt werden soll. Die Kreditwürdigkeit der neuen Staaten wird insbesondere danach beurteilt werden, wie sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

34.

Privates Kapital und unternehmerisches Engagement müssen einen entscheidenden und wachsenden Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau erbringen. Wir fordern die neuen Staaten auf, einen leistungsfähigen privaten Unternehmenssektor zu entwickeln, vor allem einen für eine Marktwirtschaft unverzichtbaren privatwirtschaftlichen Mittelstand.

35.

Rasche Fortschritte sind in zwei Bereichen besonders dringlich und auch möglich: in der Landwirtschaft und im Energiebereich. Diese Sektoren sind für die Verbesserung der Versorgungslage und die Erhöhung der Deviseneinnahmen von entscheidender Bedeutung. Der Handel und die Industrie in unseren Ländern sind zur Zusammenarbeit bereit. Kostbare Zeit ist bereits verloren, weil Investitionshindernisse fortbestehen. In bezug auf Energiefragen weisen wir auf die Bedeutung hin, die der Europäischen Energiecharta auf die Anregung der Produktion und die Sicherstellung der Versorgung zukommt. Wir mahnen einen schnellen Abschluß der vorbereitenden Arbeiten an.

36.

Alle Gipfelteilnehmer haben in einer kritischen Lage durch umfangreiche Nahrungsmittelhilfe, Kredite und medizinische Hilfe Solidarität gezeigt. Sie haben auch technische Hilfe

bereitgestellt. Ein breiter Zustrom an Wissen und Erfahrung in die neuen Staaten ist erforderlich, um ihnen zu helfen, ihre eigenen Kräfte zu entfalten. Sowohl der private als auch der öffentliche Sektor können dazu beitragen. Es kommt vor allem auf konkreten Rat vor Ort sowie praktische Handreichungen an. Im Vordergrund sollten Vorhaben mit Modellcharakter stehen, die eine möglichst große Anstoßwirkung für den Reformprozeß entfalten. Partnerschaften und Managementunterstützung auf Unternehmensebene können besonders wirksam sein.

37.

Wir betonen die Notwendigkeit einer weiteren Öffnung der internationalen Märkte für die Erzeugnisse aus den neuen Staaten. Für den Handel mit den neuen Staaten sollte Meistbegünstigung gewährt, weitere Maßnahmen für einen bevorzugten Zugang sollten erwogen werden. Die neuen Staaten sollten den Wiederaufbau nicht behindern, indem sie untereinander Handelsschranken errichten. Wirtschafts- und währungspolitische Zusammenarbeit liegt in ihrem eigenen Interesse.

38.

Wir wollen den neuen Staaten dabei helfen, ihre hochentwickelten wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten zu wahren und für den Aufbau ihrer Volkswirtschaften zu nutzen. Wir rufen Wirtschaft und Wissenschaft in den Industriestaaten zu Zusammenarbeit und Austausch mit den neuen Staaten auf. Durch die Gründung internationaler Wissenschafts- und Technologiezentren tragen wir dazu bei, das Fachwissen von Wissenschaftlern und Ingenieuren mit sensitiven Kenntnissen im Bereich der Herstellung von Massenvernichtungswaffen auf friedliche Zwecke auszurichten. Wir werden uns weiterhin darum bemühen, daß hochqualifizierte Wissenschaftler des zivilen Sektors in den neuen Staaten bleiben können und die Forschungszusammenarbeit mit westlichen Industriestaaten gefördert wird.

39.

Wir begrüßen die Mitgliedschaft der neuen Staaten in den internationalen Finanzinstitutionen. Diese Mitgliedschaft wird es ihnen ermöglichen, in Zusammenarbeit mit den Institutionen Programme für ihre Wirtschaftsreform zu erarbeiten und auf dieser Grundlage deren umfangreiche finanzielle Ressourcen zu nutzen. Die Auszahlung dieser Mittel sollte an Fortschritte bei der Durchführung von Reformen geknüpft werden.

40.

Wir unterstützen die Mehrstufenstrategie der Zusammenarbeit zwischen der russischen Regierung und dem IWF. Dadurch wird es dem IWF ermöglicht, eine erste Kredittranche zur Unterstützung der dringendsten Stabilisierungsmaßnahmen innerhalb der nächsten Wochen auszuzahlen und gleichzeitig weiterhin über ein umfassendes Reformprogramm mit Rußland zu verhandeln. Dies wird den Weg für die volle Nutzung des im April angekündigten Unterstützungspakets mit einem Volumen von 24 Mrd. Dollar ebnet. Davon werden 6 Mrd. Dollar, die für einen Rubel-Stabilisierungsfonds vorgesehen sind, freigegeben, wenn die erforderlichen makroökonomischen Bedingungen erfüllt sind.

41.

Wir schlagen vor, daß für die neuen Staaten gegebenenfalls Länder-Konsultationsgruppen gebildet werden, um eine enge Zusammenarbeit zwischen dem jeweiligen Staat, internationalen Institutionen und Partnern zu fördern. Aufgabe dieser Gruppen wäre es, Strukturreformen zu unterstützen und die technische Hilfe zu koordinieren.

**Sicherheit von Kernkraftwerken
in den neuen unabhängigen Staaten der früheren Sowjetunion
sowie in Mittel- und Osteuropa**

42.

Wir sind uns der wichtigen Rolle bewußt, die der Kernkraft für die weltweite Energieversorgung zukommt, aber die Sicherheit der Kernkraftwerke sowjetischer Bauart gibt Anlaß zu großer Sorge. Jeder Staat ist mit seinen Sicherheitsbehörden und Kernkraftwerksbetreibern für die Sicherheit seiner Kernkraftwerke selbst verantwortlich. Die betroffenen neuen Staaten der früheren Sowjetunion und die Länder Mittel- und Osteuropas müssen der Beseitigung dieser Gefahr hohe Priorität einräumen. Diese Bemühungen sollten Teil einer marktorientierten Reform der Energiepolitik sein, die eine privatwirtschaftliche Finanzierung für die Entwicklung des Energiesektors fördert.

43.

Zur Verbesserung der Sicherheit dieser Kernkraftwerke sollte eine besondere Anstrengung unternommen werden. Wir bieten den betroffenen Staaten unsere Unterstützung im Rahmen eines multilateralen Aktionsprogramms an. Wir erwarten ihre volle Mitarbeit. Wir rufen andere interessierte Staaten dazu auf, ebenfalls einen Beitrag zu leisten.

44.

Das Aktionsprogramm sollte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen umfassen:

- Erhöhung der Betriebssicherheit;
- kurzfristige technische Verbesserungen der Kernkraftwerke auf der Grundlage von Sicherheitsbewertungen;
- Stärkung der staatlichen Kontrolle.

Durch solche Maßnahmen kann kurzfristig erheblicher Zuwachs an Sicherheit erreicht werden.

45.

Zusätzlich soll das Aktionsprogramm die Grundlage für längerfristige Verbesserungen der Sicherheit schaffen, indem folgendes geprüft wird:

- die Möglichkeit, weniger sichere Kernkraftwerke durch die Entwicklung von Energiealternativen und eine effizientere Energienutzung zu ersetzen;
- die Möglichkeit, Kernkraftwerke neuerer Bauart nachzurüsten.

Ergänzend hierzu werden wir den frühzeitigen Abschluß eines Übereinkommens über nukleare Sicherheit anstreben.

46.

Das Aktionsprogramm sollte klare Prioritäten entwickeln, die Kohärenz der Maßnahmen bewirken und ihre frühestmögliche Umsetzung gewährleisten. Zur Durchführung der Sofortmaßnahmen sollte das bestehende Koordinierungsmandat der G 24 für nukleare Sicherheit auf die betroffenen neuen Staaten der früheren Sowjetunion ausgedehnt und gleichzeitig wirksamer gestaltet werden. Wir alle sind bereit, unsere bilaterale Hilfe zu verstärken.

Darüber hinaus treten wir, soweit angebracht, für die Schaffung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus ein, um zu solchen Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der betrieblichen und der technischen Sicherheit zu gelangen, die nicht durch bilaterale Programme abgedeckt werden.

Wir laden die Völkergemeinschaft ein, zur Finanzierung beizutragen. Der Fonds wird bilaterale Finanzierungen berücksichtigen, er wird von einem Lenkungsgremium der Geber auf Konsensbasis verwaltet, er wird ferner mit der G 24 und der EBWE koordiniert sowie von ihnen unterstützt werden.

47.

Entscheidungen über die Nachrüstung von Kernkraftwerken neuerer Bauart erfordern die vorherige Klärung von Fragen zur Sicherheit der Anlagen, zur Energiepolitik, zu Energiealternativen und zur Finanzierung.

Um eine geeignete Grundlage für solche Entscheidungen zu schaffen, halten wir folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Die notwendigen Sicherheitsstudien sollten unverzüglich vorgelegt werden.
- Zusammen mit den zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere der Internationalen Energie-Agentur, sollte die Weltbank die erforderlichen Energiestudien erarbeiten, die sich auch auf Ersatzenergiequellen und die finanziellen Folgen erstrecken. Auf der Grundlage dieser Untersuchungen sollten die Weltbank und die EBWE so rasch wie möglich über potentielle Finanzierungserfordernisse berichten.

48.

Wir werden die Fortschritte dieses Aktionsprogramms bei unserem Treffen 1993 überprüfen.

* * *

49.

Wir nehmen die Stellungnahmen, die wir von verschiedenen Staats- und Regierungschefs beziehungsweise Organisationen erhalten haben, zur Kenntnis und werden sie mit Interesse studieren.

Nächstes Treffen

50.

Wir begrüßen die Einladung von Ministerpräsident Miyazawa zu unserem Treffen in Tokyo im Juli 1993 und nehmen sie an.

Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl gab zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels in München am 8. Juli 1992 folgende einleitende Erklärung ab:

Meine Damen und Herren!

Die vergangenen Tage hier in München waren geprägt von außerordentlich intensiven Gesprächen der auf dem Gipfel versammelten Staats- und Regierungschefs. Für mich war es besonders wichtig, daß wir uns bei dieser Konferenz vor allem auf die Wirtschafts- und Finanzfragen konzentrierten, die aus vielen Gründen gegenwärtig ganz oben auf der internationalen Tagesordnung stehen.

Das Ziel der Gespräche war es, zu gemeinsamen Analysen, Einschätzungen und auch Schlußfolgerungen zu kommen. Es kam uns vor allem darauf an, in dieser Zeit des Umbruchs deutlich zu machen, daß die Chancen größer sind als die Risiken.

Ich muß noch einmal daran erinnern: Es ist der erste Wirtschaftsgipfel – und das ist der Unterschied auch zu London vor einem Jahr –, bei dem die einzelnen Staaten in der Nachfolge der Sowjetunion ihre Souveränität erreicht haben. Deswegen – und dieses dramatische Beispiel zeigt die Veränderung – ist es wichtig, daß von unserer Tagung auch ein Signal der Ermutigung und der Hoffnung ausgeht.

Die Gespräche sind in einer außerordentlich freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen. In diesem Gesprächsklima konnten wir in vielen Fragen ein wichtiges Maß an Übereinstimmung erzielen.

Im Vordergrund stand natürlich das Thema Wirtschaft. Denn wir alle wissen, nur in einer prosperierenden Weltwirtschaft können wir die drängenden Probleme bei uns, aber auch in Osteuropa und in den Entwicklungsländern bewältigen.

Wir haben uns vor allem mit folgenden Themen befaßt:

- der Lage und den Perspektiven der Weltwirtschaft,
- der Situation in den neuen unabhängigen Staaten der früheren Sowjetunion,
- der Sicherheit der Kernkraftwerke sowjetischen Bautyps,
- dem Reformprozeß in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas
- sowie mit der Lage der Entwicklungsländer.

Zur internationalen Wirtschaftslage konnten wir feststellen, daß die Wachstumskräfte noch nicht stark genug sind. Nach übereinstimmender Auffassung von IWF und OECD ist die Erholung der Weltkonjunktur jetzt auf gutem Weg. Wir erwarten, daß sie in der zweiten Jahreshälfte an Dynamik gewinnt.

Allerdings waren wir uns auch einig, daß die sich abzeichnenden Signale des Aufschwungs insgesamt noch nicht ausreichend sind. Dies gilt besonders im Blick auf die Herausforderung, die in vielen Ländern wieder deutlich gestiegene Arbeitslosigkeit spürbar zu verringern. Gerade die Arbeitslosigkeit – und hier insbesondere bei Frauen und Jugendlichen – bereitet uns große Sorge.

Die Hauptursache der bisher eher verhaltenen Konjunkturbelebung sehen wir darin, daß bei Investoren, bei Konsumenten